Stellungnahmen der CDU Fraktion im Gemeinderat am 24. November 2026 zum Haushaltsentwurf 2027 der Stadt Fellbach

Teil 1: Franz Plappert, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Zull, sehr geehrte Anwesende,

ganz besonders begrüße ich alle Gäste, die aus Interesse an der finanziellen Lage unserer Stadt hier sind, ihnen gilt unser besonderer Dank für ihr Kommen.

Früher war gestern! Und früher ist vorbei und gestern ist heute Vergangenheit!

Die Vergangenheit können wir nicht mehr verändern, sondern nur noch das Morgen, die vor uns liegende Zeit beeinflussen.

Wir erleben heute eine denkwürdige Sitzung! Im Jahr 2026 hat die Stadtverwaltung Fellbach zwei Haushaltsentwürfe eingebracht. Die Vorlage für den Haushalt 2026 wurde im März beschlossen und die zweite Vorlage für den geplanten Haushalt 2027 steht zur Beratung an. Es sind aber nicht nur zwei Haushalte, die es in diesem Jahr zu beschließen gilt, es sind auch zwei Finanzbürgermeister, die die Verantwortung tragen.

Wir sind sehr froh, dass Sie Herr EBM Deininger, die Verantwortung übernommen haben; an Aufgaben und Herausforderungen mangelt es ihnen wahrlich nicht. Wie schreibt Hermann Hesse in seinem Gedicht „Stufen“: „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“ Die Kraft des Neubeginns, die Chancen der Veränderung für Sie persönlich und ganz besonders für die positive Entwicklung der Finanzen unserer Stadt braucht es neue Ideen und neue Visionen. Mit Unterstützung einer erfahrenen Oberbürgermeisterin Gabriele Zull und einer hoch engagierten Baubürgermeisterin Beatrice Soltys an Ihrer Seite sehen wir gute Perspektiven, dass Sie die angeschlagene finanzielle Lage unserer Stadt wieder auf Kurs bringen.

Fellbach steht an einem Wendepunkt, an einer Wegkreuzung, bei der es nicht mehr nur darum geht, einen Haushalt irgendwie „zusammenzuschustern“. Es geht um die Zukunft unserer Stadt und ihrer Menschen, es geht vor allem um Glaubwürdigkeit, es geht um Verlässlichkeit und die Einsicht, dass auf alle Bevölkerungsgruppen die notwendigen Einsparungen gleichermaßen und gerecht verteilt werden. In den Vorberatungen wurde der Satz formuliert: „Die finanzielle Lage der Stadt ist nicht zukunftsfähig!“ Deutlicher lassen sich die Herausforderungen für uns alle nicht formulieren.

Wenn die Akzeptanz gegenüber den staatlichen Organen gefühlt immer mehr schwindet, bleibt ein ungutes Gefühl. Verwaltung und Gemeinderat sind sehr gut beraten, zu hinterfragen: „Beschäftigen wir uns noch mit den richtigen Themen? Verstehen die Bürgerinnen und Bürger, mit welchen Fragen wir uns auseinandersetzen?“

Unserer Verwaltung bietet sich eine gute Möglichkeit, einen positiven Beitrag zu leisten, die Anträge aller Fraktionen ernsthaft zu behandeln und sie nicht KI gestützt erledigen zu lassen.

Manchmal, so der Eindruck, glauben wir an etwas festhalten zu können, die gute alte Zeit, den sicheren Arbeitsplatz, eine verlässliche Verwaltung und vieles mehr; doch das ist auf dieser Welt nicht möglich. Mit den Rezepten und Strukturen von gestern können wir die Fragestellungen und Aufgaben von Morgen nicht lösen. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg für Fellbach, Schmiden und Oeffingen.

Die Zukunft als Chance sehen, als Möglichkeit neue Wege zu gehen um gestärkt aus der Krise herauszutreten, ob als Verwaltung, als Unternehmen oder Privatperson.

Fellbach ist und bleibt eine tolle Stadt - trotz aller Höhen und Tiefen wird es in Fellbach auch nach dem Ende unserer Amtszeiten weitergehen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Franz Plappert

Teil 2: Anja Off, Stadträtin

Lieber Franz, vielen Dank für Deine einleitenden Worte. Wir kommen nun zu unseren konkreten Anmerkungen zum Haushalt 2027.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Zull, liebe Fellbacherinnen und Fellbacher,

bei Ihrer Haushaltseinbringung vor wenigen Wochen hatten Sie, Frau Oberbürgermeisterin Zull, das Bild eines Marathons verwendet. Wir erweitern es heute: Vor uns liegt nicht mehr nur ein 42-Kilometer-Marathon, sondern ein 100 Kilometer langer Mammutmarsch.

Wie im vergangenen Jahr ist das ordentliche Ergebnis erneut negativ, sogar im zweistelligen Millionenbereich. Wir nehmen Kredite von 11,8 Millionen Euro auf. Das ergibt eine Nettoneuverschuldung von über 7 Millionen Euro. Auch die Finanzplanung bis 2030 bietet keine Aussicht auf Besserung. Wer 100 Kilometer gehen will, braucht kein Sprinttempo, sondern Ausdauer, gutes Schuhwerk, eine verlässliche Karte und leichtes Gepäck. Sonst wartet am Ende nicht das Ziel, sondern der Besenwagen.

Fellbach marschiert nicht allein. Fast alle Kommunen im Land befinden sich auf dieser Strecke, viele - im übertragenen Sinne - längst mit schmerzenden Blasen an den Füßen. Der Gemeindetag hat im Kommunalbarometer festgestellt, dass 85 Prozent der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ihren Haushalt 2026 nicht ausgleichen konnten. 91 Prozent rechnen da-mit, Steuern, Gebühren und Entgelte erhöhen zu müssen, sofern keine Entlastungen durch Dritte erfolgen. Wir fordern daher Land und Bund erneut zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf: Wer bestellt, bezahlt. Wer uns neue Aufgaben in den Rucksack packt, muss auch den Proviant dafür liefern.

Aber Ehrlichkeit gehört dazu: Fellbach trägt einen schwereren Rucksack als andere. Laut Haushaltserlass des Regierungspräsidiums zum Haushalt 2026 liegt unsere Verschuldung bei rund 2.400 Euro pro Einwohner. Der Durchschnitt der Großen Kreisstädte liegt bis Jahresende voraussichtlich bei 1.000 Euro. Wir tragen damit mehr als das Doppelte; auch der Haushalt 2027 bringt keine Besserung.

Das Regierungspräsidium spricht von einer „anhaltenden finanzwirtschaftlichen Schwäche des konsumtiven Bereichs“. Es hält es für „zwingend erforderlich“ an der Priorisierung und zeitlichen Streckung der Investitionen festzuhalten. Es hat eine Verschuldung bis 114,8 Millionen Euro freigegeben. Wir stehen bei 114,6 Millionen. Die Differenz von 200.000 Euro ist bei einem Gesamthaushalt von über 200 Millionen Euro kein Polster, sondern die rote Fahne des Streckenpostens.

Dieser Haushalt ist auf Kante genäht und er geht nur auf, weil wir mit erheblichen Grundstückserlösen rechnen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten gleicht das einer Verpflegungsstation, von der niemand weiß, ob sie bei Kilometer 60 tatsächlich aufgebaut ist. Wir hoffen, dass diese Erlöse trotz schwächelnder Wirtschaft und teilweise – aus unserer Sicht – mittlerweile zu weitgehender Vorgaben in Bebauungsplänen, etwa im Gewerbegebiet Siemensstraße, erzielt werden können. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren unter anderem beantragt, die Sozialquote auszusetzen. Das halten wir weiterhin für richtig. Gleiches ist uns hinsichtlich des Verkaufs des „alten Freibadgeländes“ wichtig. Dieses Filetstück darf „nicht um jeden Preis“ veräußert werden. Wir müssen den passenden Zeitpunkt abwarten, die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und überlegen, ob wir auf mehrere Tranchen verkaufen, um einen adäquaten Preis zu erreichen. Es darf nicht als kurzfristige Haushaltskonsolidierungsmaßnahme mit geringen Erlösen herhalten müssen.

Was wir ausdrücklich loben

Frau Oberbürgermeisterin, Sie und Ihr Team haben in schwierigen Monaten drei Konsolidierungspakete für die Haushalte 2026 ff. vorbereitet, die der Gemeinderat überwiegend beschlossen hat. Dafür danken wir ausdrücklich.

Gut und richtig ist, die Grund- und Gewerbesteuer nicht weiter zu erhöhen. Gewerbetreibende, Vermieter und Mieter dürfen nicht weiter belastet werden. Wir erinnern daran, dass wir uns bereits im vergangenen Jahr gegen die starke Erhöhung der Grundsteuer und zuvor auch der Gewerbesteuer gestellt haben.

Wir begrüßen außerdem die deutliche Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen. Bei Nebel geht

man mit Stirnlampe und auf Sicht. Man gibt keine Großprojekte als Blaupause frei, die Jahre später nicht mehr finanzierbar sind. Erst wenn der nächste Abschnitt klar erkennbar ist, setzen wir den Fuß dorthin und geben Aufträge frei.

In dieser finanziellen Lage ist nicht die Zeit für Anträge mit großem Finanzvolumen. Wir konzentrieren uns deshalb auf die Vorschläge der Verwaltung und bewerten sie. Bereits jetzt ist klar: Nach dem Haushaltsbeschluss braucht es eine weitere Sitzung zur Haushaltskonsolidierung. Daran werden wir uns offen und konstruktiv beteiligen.

Leichter und schneller: Digitalisierung, Prozesse und Berichtswesen

Die Verwaltung widmet sich der Digitalisierung, das sehen wir. Explizit loben möchten wir die Bürgerbüros. Hier sind kurzfristig Termine online buchbar. Außerdem lassen sich einige Leistungen vollumfänglich online erledigen. Dies sollte, wo möglich, auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden – hier geht es uns noch nicht schnell genug. Prozessoptimierung und Digitalisierung waren selten so wichtig wie heute. In den kommenden Jahren geht die Generation der Babyboomer in Rente und der Fachkräftemangel macht vor dem Rathaus nicht halt. Viele Stellen werden wir deshalb nicht nachbesetzen können. Volldigitale Prozesse erhöhen Effizienz und Effektivität, verbessern den Bürgerservice und machen die Verwaltung attraktiv. Wir **bitten** deshalb darum, bis Ende des ersten Quartals 2027 einen Ziel- und Zeitplan vorzulegen: Welche Bürgerleistungen und internen Prozesse werden zusätzlich im Haushaltsjahr 2027 volldigital angeboten?

Dasselbe gilt für die Erstellung von Sitzungsvorlagen. Jede Vorlage bindet Arbeitszeit, die für reguläre Aufgaben fehlt. Gerade bei knappen Personalressourcen müssen wir fragen: Welchen Umfang brauchen Vorlagen wirklich? Welche lassen sich zusammenfassen oder verschlanken? Wir **beantragen** daher, dass Sitzungsvorlagen in der Regel einen Umfang von vier Seiten nicht übersteigen. Ausnahmen sind durch die Verwaltungsspitze freizugeben.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken wir herzlich für ihre engagierte Arbeit. Sie leisten viel für unsere Stadt und hatten in den vergangenen Monaten, auch wegen Ausschreibungsverzögerungen, schwierige Bedingungen. Gleichwohl macht der Personalaufwand rund ein Viertel der Aufwendungen im Ergebnishaushalt aus. Der Personalaufwand steigt um knapp 6 Prozent auf etwa 48 Millionen Euro. Gründe wie Tarifsteigerungen sind vielfach nicht von der Stadtverwaltung beeinflussbar. Dennoch sehen wir die Entwicklung kritisch. Zugleich gilt: Entlassungen darf es nicht geben. Wir **beantragen** die Beibehaltung der bisherigen Wiederbesetzungssperren, um die Steigerung der Personalkosten abzumildern.

Karte und Kompass: Priorisierung bei den Investitionen

Einleitend bedanken wir uns bei der Verwaltung für die Umsetzung der nächsten Schritte im neuen Wohngebiet „Kühegärten“. Wir hatten dies beharrlich gefordert – umso mehr freut es uns, dass es hier voran geht.

Sicherheit bleibt oberstes Gut und unsere Feuerwehr muss gut aufgestellt sein.

Deshalb **bitten** wir um die zeitnahe und engagierte Fertigstellung der Feuerwehr Oeffingen, bei der es zuletzt zu Verzögerungen kam.

Wir stehen hinter dem Neubau der Feuerwehr Fellbach an der Bühlstraße. Dennoch müssen wir ehrlich sein: Einen Neubau für geschätzte, aber weder kalkulierte noch im Finanzplanungszeitraum eingeplante 23 Millionen Euro – oder mehr – halten wir leider angesichts der angespannten Finanzlage heute und mittelfristig für nicht leistbar. Dies zeigt auch der vorliegende Finanzplan, in welchem in den nächsten vier Jahren kein Baubeginn vorgesehen ist.

Wir **beantragen** daher ein offenes Gespräch zwischen Feuerwehr, Stadtverwaltung und, soweit erforderlich, einzelnen Gemeinderäten, um ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Im Mittelpunkt müssen zwingende Bedarfe und Anforderungen stehen – auch die Frage, ob aus Sicht der Feuerwehr die Großlösung zwingend erforderlich ist. Denn diese wird in den nächsten Jahren angesichts der angespannten Finanzen vermutlich leider nicht realisierbar sein.

Falls die Feuerwehr eine günstigere Variante für möglich hält, könnte diese - je nach Kostenhöhe - aus unserer Sicht durch LuKIF-Mittel von rund 5 Millionen Euro, Eigenmittel der Stadt und den Verkauf des bisherigen Grundstücks in der Wiesenstraße finanziert werden. Auch dort darf es keine umfangreichen Auflagen für Bauherren geben, damit ein angemessener Kaufpreis erzielt wird. Die Stadtverwaltung soll zunächst dieses Gespräch führen, bevor weitere Planungsschritte erfolgen.

Auch die Sanierung der Kleinschwimmhalle in Schmiden halten wir für erforderlich. Die Finanzierung über das Landesprogramm zur Förderung kommunaler Infrastruktur in Baden-Württemberg aus Mitteln des Bundes-Sondervermögens, kurz LuKIF, begrüßen wir ausdrücklich.

Wichtig ist, die Sanierungszeit aus Kosten- und Nutzersicht möglichst kurz zu halten. Der Bau einer Schwimmhalle in Rondorf in 89 Tagen zeigt, was möglich ist. Uns ist bewusst, dass es sich dort um einen Modul-Neubau und nicht um eine Sanierung handelte. Deshalb **beantragen** wir eine detaillierte Planung 2027 und eine maximal einjährige Umsetzung 2028.

Die nördliche Bahnhofstraße hat eine elementare Funktion für die Verbindung Fellbachs mit Schmiden und Oeffingen. Sie darf in der Priorisierung nicht vernachlässigt werden. Durch die bekannten Verkehrseinschränkungen bei der Erneuerung der Brücke an der Höhenstraße und der Sanierung des Stadttunnels gewinnt sie weiter an Bedeutung. Die Einschränkungen aller genannter Investitionsmaßnahmen und für alle Verkehrsteilnehmenden müssen zeitlich abgestimmt und strukturiert geplant werden. Das **beantragen** wir hiermit.

Wir sprechen uns für die Erneuerung der nördlichen Bahnhofstraße mit ihren sehr alten Versorgungsleitungen und dem Fahrbahnbelag aus, aber gegen eine umfangreiche Neugestaltung. Eine große Lösung ist derzeit finanziell nicht leistbar.

Mit der „Neuen Mitte Fellbach“ entsteht durch die Umstellung auf 80-Meter-Züge und dem einhergehenden Mobilitätshub ein neuer zentraler Mobilitätsknotenpunkt. Wir stehen weiter hinter dem Projekt, auch wenn wir Einsparpotenziale sehen und diese mehrfach benannt haben. Sie fanden im Gremium leider keine Mehrheit.

Wir **bitten** um eine engagierte und gestraffte Umsetzung, damit Einschränkungen für Fußgänger, Bahn- und Autofahrende möglichst gering bleiben. Einen möglichen zweiten Bauabschnitt mit der baulichen Umgestaltung von Marktplatz und Seestraße halten wir derzeit weder für finanzier- noch umsetzbar. Er muss zurückgestellt werden.

Das sind die großen Bauprojekte, die wir derzeit priorisieren – wohlgemerkt ohne bei den meisten Vorhaben konkrete Kosten oder Aussagen zum jährlichen Investitionsspielraum erhalten zu haben. Wir **beantragen** erneut, Planungsraten für Detailplanungen erst im zeitlichen Zusammenhang mit Bauraten einzustellen. Auch Planungskosten sind Steuergeld.

Zu oft vergeben wir externe Gutachten, Machbarkeitsstudien und konzeptionelle Vorarbeiten. Wir haben qualifiziertes eigenes Personal und sollten dessen Know-how nutzen, statt Leistungen teuer extern einzukaufen. Wir **beantragen** deshalb eine Übersicht der externen Gutachten, die 2027 für politisch beschlossene Investitionsmaßnahmen erforderlich werden. Sie soll Kosten darlegen und begründen, weshalb die Leistungen nicht durch vorhandenes Personal erbracht werden können. Zudem **beantragen** wir jedes externe Gutachten nur durch einen Gremienbeschluss freizugeben.

Beim Radschnellweg **bitten** wir um einen Sachstandsbericht mit Kosten- und Förderperspektive. Wir halten uns offen, die Planungsraten zu streichen und den Radschnellweg nicht umzusetzen. Denn trotz Förderung verbleiben Restbeträge, die von der Stadt finanziert werden müssen.

Lassen Sie mich zum Ende kommen: Ein Mammutmarsch gelingt nur gemeinsam – mit leichtem Gepäck, klarem Kompass und dem Mut, unterwegs Ballastabzuwerfen. Die CDU-Fraktion geht diesen Weg konstruktiv mit: kritisch, wo es nötig ist und verlässlich, wo es zählt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anja Off